



NEUES VIDEOFORMAT „NIGHT TALK“ VON PETR BYSTRON

Holzzapfel: „Wir leben leider nicht mehr in einer Demokratie“

Er sollte eigentlich so etwas wie der deutsche Martin Luther King oder Nelson Mandela sein: Carl-Wolfgang Holzzapfel. Trotzdem kennt heute fast keiner seinen Namen. Warum? Ein „Night Talk“ mit dem AfD-Bundestagsabgeordneten Petr Bystron soll das ändern.

Carl-Wolfgang Holzzapfel (1944 in Schlesien geboren) trat am 2. Oktober 1962 gegen die Errichtung der Berliner Mauer in den Hungerstreik und errichtete nach den ersten tödlichen Fluchtversuchen zusammen mit Freunden spontan mehrere Holzkreuze an der Mauer, unter anderem für Paul Schultz, der nahe der Thomas-Kirche am Kreuzberger Mariannenplatz am 25. Dezember 1963 erschossen wurde.

Nachdem sein Arzt ihm weitere Hungerstreiks verboten hatte, demonstrierte er 1965 am Checkpoint Charlie, wo er als West-Deutscher durch Grenzposten der DDR verhaftet und im April 1966 im Ost-Berliner Stadtgericht Littenstraße zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Nach neun Monaten Stasi-Haft wurde er durch die BRD freigekauft.

Als Holzapfel sich im Oktober 2009 beim Projekt „24/7 Stasi-Live-Haft“ in der Stasi-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen eine Woche in eine Gefängniszelle mit Webcam einsperren ließ, waren die Erinnerungen an diese Haft noch so schmerzhaft, dass er nach wenigen Tagen abbrechen musste.

Heute erinnert uns Carl-Wolfgang Holzapfel an den Stasi-Terror des DDR-Unrechtsregimes, und sieht die Demokratie in Deutschland abermals in Gefahr – durch eine „Demokratur“, wie er es nennt. Auch heute werde man ausgegrenzt und riskiere, seinen Arbeitsplatz und seine sozialen Kontakte zu verlieren, sagt Holzapfel: „Wir haben eine fatale Situation heute. Die einzigen freien Menschen sind die, die im Ruhestand sind.“ Die Menschen, „die das große Glück hatten, in einer Demokratie aufzuwachsen, ihr müsst auch den Mut haben, für diese Demokratie zu kämpfen.“

Holzapfel kritisiert, dass die damaligen DDR-Oppositionellen und West-Widerständler nie zu feierlichen Anlässen wie dem 17. Juni oder dem Mauerfall eingeladen werden: „Es ist noch nie vorgekommen, dass man einen Teilnehmer des 17. Juni bei den Gedenkfeiern zu Wort kommen hat lassen. Ich habe das in den 90er Jahren mal vorgeschlagen, da hat mir der Protokollchef gesagt: ‚Das können wir nicht machen – wir wissen doch nicht, was der oder die dann sagen wird‘.“



Bystron: Antifa jetzt auch in Deutschland ins Visier nehmen

Nachdem US-Präsident Donald Trump am 31. Mai angekündigt hat, die „Antifa“ als Terrororganisation zu verbieten ([PI-NEWS berichtete](#)), fordert jetzt die AfD, es ihm gleich zu tun.

Der AfD-Obmann im Auswärtigen Ausschuss, Petr Bystron, lobte die Ankündigung des US-Präsidenten: „Donald Trump zieht die richtigen Schlüsse: Er bezeichnet diese latent gewaltbereiten Schlägertrupps als Terroristen und erwägt das Verbot dieser Terrororganisation. Die Antifa-Mitglieder sind strukturell demokratiefeindlich. Ihr linksextremes Weltbild richtet sich gegen die demokratische Verfasstheit unseres Landes ebenso wie gegen die freie Marktwirtschaft. Die AfD begrüßt daher die Ankündigung Präsident Trumps ausdrücklich und fordert sowohl die EU als auch die Bundesregierung auf, ebenfalls gegen diese offen extremistisch agierende Terrorgruppe vorzugehen.“

Die amerikanische Antifa habe ihre Wurzeln in Deutschland und ihre Unterstützer in den deutschen Medien, so Bystron weiter. „Wir bieten Donald Trump an, die Verbindungen zwischen der international agierenden Antifa, den Medien und den politischen Lobbygruppen zu untersuchen und aufzudecken, um weiteres rechtliches und politisches Vorgehen gegen diese Terroristen zu ermöglichen.“

Bystron, der 2018 in den USA mit dem Eagle Award der konservativen Phyllis-Schlafly-Stiftung ausgezeichnet wurde, appelliert an weitere Politiker, sich dem Beispiel Trumps anzuschließen und sich international gegen die Antifa auszusprechen.

Auch der Vorsitzende der niederländischen PVV, Geert Wilders, verurteilte die Gewalt von links. In einem aktuellen Presse-Statement schrieb er: „Die Antifa hasst die Freiheit und die

Rechtsstaatlichkeit. Sie verbreiten weltweit Einschüchterung und Gewalt. Hass gegen ihr eigenes Land ist ihr Sauerstoff. Sie bezeichnen sich selber als Anti-Rassisten und Anti-Faschisten, aber in Wahrheit sind sie die neuen Faschisten und Rassisten unserer Zeit.“ („*Antifa hates freedom and the rule of law. They use intimidation and violence worldwide. Hate to their own nation is their oxygen. They claim to be anti-racists and anti-fascists but truly they are the new fascists and racists of our time.*“)



AfD kippt Impfpflicht!

Die Vernunft hat gesiegt: Bundesgesundheitsminister Jens Spahn will vorerst doch keine Impfpflicht gegen Corona, wie z.B. vom Bayerischen Ministerpräsidenten [Markus Söder](#) gefordert. Namhafte Mediziner hatten darauf hingewiesen, dass ein Impfstoff noch gar nicht entwickelt sei, es deshalb verfrüht wäre, über mögliche Zwangsmaßnahmen mit einem solchen Impfstoff zu debattieren.

Am 1. März wurde vom [Bundesgesundheitsministerium](#) eine Masernimpfpflicht für Kinderversorgungseinrichtungen erlassen, obwohl ernsthafte [verfassungsrechtliche Bedenken](#) gegen eine solche Pflicht bestehen. Gripeschutzimpfungen sind dagegen notorisch unzuverlässig, da sich Grippeviren ständig mutieren. Gegen [Corona-Viren wie SARS](#) oder MERS sind auch nach Jahren der Forschung noch keine Impfstoffe gefunden worden.

Die AfD hatte bereits im [November 2019](#) gegen eine allgemeine Impfpflicht gestimmt, [MdB Peter Boehringer](#) und die AfD Bayern hatten sich schon im April [gegen eine Corona-Impfpflicht](#) ausgesprochen. Der ehemalige Vorsitzende des [Rechtsausschusses](#) des Bundestages, Stephan Brandner, sagte dazu am 2. Mai:

„Grundrechte gelten für alle Bürger, immer und überall, gerade in Krisenzeiten und unabhängig von irgendwelchen Ausweisen. Die Bürger quasi zu erpressen, sich einer – noch nicht einmal vorhandenen – Impfung unterziehen zu müssen, um ihre Rechte wieder zu erlangen, ist skandalös. Auch der ‚nur‘ indirekte Zwang zu einer Impfung ist vollständig abzulehnen. Jedem Bürger muss es jeder Zeit freistehen, sich impfen zu lassen, oder darauf zu verzichten.“

Die Gültigkeit unserer Grundrechte darf unter keinen Umständen davon abhängig gemacht werden. Ein Immunitätsausweis birgt außerdem die Gefahr, dass sich Bürger, die zunehmend verzweifelt sind, absichtlich einer Ansteckung aussetzen, um schneller wieder in ihr normales Leben zurückkehren zu dürfen.

Diese Politik ist brandgefährlich. Es gilt: Wir müssen einen schnellen Weg zur Normalität finden, ohne die Bürger zu erpressen, zu drangsalieren und zu bespitzeln!“

Nun musste auch Jens Spahn dem Druck der Bürger und [der AfD nachgeben](#): „Die Frage, ob im Falle von Corona zusätzlich ein Immunitätsausweis sinnvoll ist, sollten wir als Gesellschaft in Ruhe abwägen und debattieren“, erklärte Spahn am Montag.



Bystron enttarnt grünen Mullah-Heuchel und wird gemäßregelt

Von JOHANNES DANIELS | Der AfD-Obmann im Auswärtigen Ausschuss, Petr Bystron, ist einer der eloquentesten Redner im Bundestag. Der Münchner Politologe und Unternehmer steht für analytische Vernunft, Freiheitsliebe und stets klare Worte. Selbstredend, dass der 47-Jährige mit diesen Eigenschaften im derzeitigen Bundestag und bei den maroden System-Medien nicht nur gute Freunde hat.

Bei seiner Rede zum Antrag von Linken und Grünen zum Nutzungsverbot der für den NATO-Partner USA logistisch wertvollen Basis Ramstein hatte Bystron am Donnerstag die „Grünen“ scharf angegriffen, den ehemaligen linksradikalen Außenminister und Polizistenschläger Joschka Fischer zitiert und insbesondere: Den Bundestag aufgefordert, das vom schiitischen Mullah-Regime kasteite iranische Volk stärker zu unterstützen ([hier](#) die komplette Rede im Video).

Wir erinnern uns: Nicht wenige deutsche Politiker unterstützen immer noch das iranische Terror-Regime gegen die eigene Bevölkerung und gegen vormals unabhängige und relativ friedliche Staaten wie den Libanon, Jemen oder Syrien oder vor allem gegen Israel. Der am 3. Januar von den USA gerichtete zweitmächtigste Potentat des Iran, Qasem Soleimani, war für den Tod von zehntausenden Menschen im Mittleren Osten verantwortlich und forderte stets die „Auslöschung Israels“.

Linksgrüne Mullah-Unterstützer

[Ex-Kommunist](#) und „Bundespräsident“ Frank-Walter Steinmeier gratulierte dessen Dienstherrn daher zum 40-jährigen Jahrestag der „Islamischen Revolution“ – unverschämterweise sogar „im Namen meiner Landsleute“. SPD-Außenmini Heiko Maas versucht

derzeit alles [in seiner beschränkten Macht](#) stehende, um den betrügerischen Atomdeal mit Uran-Iran aufrecht zu erhalten. Und die grünradikale „Bundestagsvizepräsidentin“ Claudia Roth ist berüchtigt für ihre bekopftuchten Wallfahrten ins schiitische [Shithole-Mekka der Frauen-Unterdrücker](#).

Petr Bystron zitierte in seiner Rede den ihm zugesandten Tweet eines in Deutschland lebenden Exil-Iraners: „Wer mit dem iranischen Regime verhandelt, hat Blut an den Händen!“. Dies löste bereits erste Unruhe und Erregung bei den mullah-philien Verbots-Moralisten in den linksgrünen Reihen aus. Als Bystron den [notorischen Polizistentreter, „RAF-Mitkämpfer“ und ideologischen Urvater](#) der Grünen, Joseph Martin Fischer (Kampfname Joschka), zitierte, rastete das linksgrüne Spektrum im Bundestag komplett aus – und mit ihm viele Mainstream-Medien, wie beispielsweise die mittlerweile [linkspopulistische Postille „Focus“](#).

„Anal“phabet und RAF-Freund Joschka

Selbstverständlich ist auch der in palästinensischen Trainingslagern bestens zum Straßenkampf ausgebildete Joschka Fischer auch heute noch [ein Verfechter der antisemitischen Iran-Politik](#) zur zunehmenden Bedrohung Israels. Der spätere Grünen-Bundesaußenminister war früher Mitglied der [linksradikalen RAF-nahen Terrorgruppe](#) „Revolutionärer Kampf“ und beteiligte sich mit der sogenannten „Putzgruppe“ an Straßenschlachten mit [der Polizei](#). Nach [einer Demo](#) im Mai 1976 aus Anlass des Todes von RAF-Terroristin Ulrike Meinhoff wurde Fischer festgenommen. Bei den Protesten flogen Molotowcocktails, Polizeiobermeister Jürgen Weber wurde lebensgefährlich verletzt und von Fischers Freunden – [oder womöglich Fischer selbst](#) – halbtot geschlagen. Fischers Fingerabdrücke wurden dabei festgestellt. Gegen Joschka Fischer wurde wegen Teilnahme an einer verbotenen Demonstration, Landfriedensbruch, Bildung einer kriminellen Vereinigung und versuchten Mordes (!) ermittelt. Danach verschwanden die Akten für [30 Jahre](#).



Straßenkämpfer Fischer (Kreis), Klein (Pfeil, 1973)
Darf einer, der Polizisten verprügelt hat, die Republik repräsentieren?

Straßenkämpfer Joschka Fischer 1973 in Frankfurt gemeinsam mit seinem Terroristen-Freund Hans-Joachim Klein, einem Mitglied der [Revolutionären Zellen](#) (RZ).

Bystron prangerte in seiner Bundestagsrede insbesondere die heuchlerische Doppelmoral (sofern man hier überhaupt von Moral sprechen kann) der heutigen „Friedens-GRÜN*INNEN“ an:

„Liebe Grüne, seien Sie mir nicht böse, aber es ist pure Heuchelei, dass gerade Sie einen solchen Antrag vorlegen. Sie haben etwas gegen völkerrechtswidrige Tötungen? Wer war denn der Außenminister, der Deutschland in den ersten Kriegseinsatz nach dem Zweiten Weltkrieg getrieben hat? Das war Ihr Kumpel Joschka – mit Verlaub, Herr Präsident –, „Arschloch“ Fischer, der war das.“

Bystron zitiert Fischer – und wird gerügt

Und spielte dabei elegant auf das [historisch-einmalige Zitat Fischers](#) im Orwell-Jahr 1984 (!!) an, als der GrüFaz den CSU-Bundestagsvorsitzenden Richard Stücklen, CSU, titulierte: [„Herr Präsident, Sie sind ein Arschloch, mit Verlaub!“](#).

Fischer wurde damals von der Sitzung ausgeschlossen.

Bystron stellte klar: „Das war ein Zitat von Joschka Fischer. Das wissen Sie ja selbst“.

Das Bundestagsprotokoll bemerkt dazu:

„Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, das ist es nicht!“

Bystron erläuterte weiter zum Thema „Iran und Linksgrüner Pazifismus“:

„Damals wurde nicht ein islamistischer Terrorist umgebracht; das war keine gezielte Tötung. Damals wurden flächendeckend serbische Städte bombardiert. Es wurden über 3.500 Menschen umgebracht, die meisten davon Zivilisten. Das war ein völkerrechtswidriger Krieg, und für den waren Sie mitverantwortlich.

Heute legen Sie Anträge vor, nachdem die Amerikaner einen Terroristen gezielt getötet haben, der Unterstützer der Hisbollah im Libanon, der Hamas im Gazastreifen, der Taliban in Afghanistan war und der Zigtausende Menschen in Syrien auf dem Gewissen hat. Die EU führte ihn als Terroristen. In Israel wurde er der gefährlichste Feind Israels genannt. Und seine Milizen sind nicht nur die Exporteure des Terrors im nahen Ausland, sie sind die wichtigste Stütze des Mullah-Regimes im Iran.

Ja, mit dem Sie und Ihre Kollegin Claudia Roth sich so gerne treffen und fotografieren lassen. Das ist das Regime, dem die Kollegen von der SPD zu 40 Jahren Revolution und Terror gratulieren.

Liebe Freunde, diese Milizen haben gerade letzten Herbst 1.500 Menschen im Iran erschossen, nur weil die Menschen auf die Straße gegangen sind, um gegen das Regime zu demonstrieren.

Ich sage Ihnen eines: Anstatt diese Tyrannen zu hofieren – gerade Sie, lieber Kollege Nouripour –, sollten Sie schauen, dass Sie den Menschen im Iran helfen. Diese Menschen haben in uns alle, auch in Sie, große Hoffnungen gesetzt. Ich habe sie [auf Twitter gefragt](#), was sie Ihnen ausrichten möchten.“

Hilferufe von Exil-Iranern

Im Anschluss zitierte der AfD-Obmann im Auswärtigen Ausschuss einige Tweets (von Tausenden), die in den letzten Wochen von Exil-Iranern oder Mullah-Regime-Gegnern zugegangen sind:

„Ich bin Bergarbeiter im Iran. Wir Iraner alleine können das Regime nicht stürzen. Bitte helfen Sie uns!“ – „Stoppen Sie die Unterstützung des Mullah-Regimes! Helfen Sie den Menschen bei den Protesten und bei den landesweiten Demonstrationen! „„Wir wollen freie Meinungsäußerung, wir wollen Religionsfreiheit, wir wollen keine Pressezensur. Lassen Sie das Volk das Regime stürzen! Hört auf, die Diktatoren zu unterstützen!“

Und der wichtigste Tweet hinsichtlich des täglichen deutschen Heuchel-GroKo-Antisemitismus:

„Wer mit dem iranischen Regime verhandelt, hat Blut an den Händen!“

CSU-Friedrich verteidigt Fischer – nicht seinen Ex-Parteikollegen Stücklen

Ausgerechnet CSU-Bundestagsvizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich rügte im Anschluss nach lautem Krakeelen von links das Fischer-Zitat Bystrons an seinem ehemaligen fränkischen Parteikollegen Richard Stücklen:

„Herr Kollege Bystron, wenn Sie hier schon das Wort „Arschloch“ verwenden, können Sie bitte noch mal klarstellen, dass Sie damit nicht den früheren Außenminister bezeichnet haben?“

Petr Bystron schlagfertig:

„Das kann ich nicht klarstellen. Das, was ich gesagt habe, WAR EIN ZITAT von Joschka Fischer!“

und bedankte sich geziemend für den „Ordnungsruf“, während Millionen von steuer- und GEZ-pflichtiger Deutscher wohl ungestraft als „Nazisäue“ und „Umweltsäue“ von den „Öffentlich-WDRrechtlichen“ wdr-wertig gedemütigt werden.

Der prospektive Polizisten-Mörder Joschka Fischer ist heute übrigens immer noch auf freiem Fuß, inzwischen „[Princeton-Professor](#)“ und „strategischer Lobby-Berater ohne Aufgabenbereich“ [für BMW und natürlich: Siemens](#). Joseph Fischer & Josef Käser. Das passt!



Augsburg: „Antifa“ schändet Kranz für ermordeten Feuerwehrmann

Petr Bystron, Bundestagsabgeordneter der AfD, wollte am Montag Abend in Augsburg einen Kranz für den getöteten Feuerwehrmann ([PI-NEWS berichtete](#)) niederlegen. Es wurde ein einziger Spießrutenlauf. Der Platz, auf dem ein 17-jähriger Türke mit deutschem Pass den Feuerwehrmann totschiess, [war längst in Antifa-Hand](#). Bystron wurde beschimpft, geschubst, eine Antifa-

Anhängerin riss die Trauerschleife vom Kranz und die Polizei hatte nichts Besseres zu tun, als den Bundestagspolitiker zwecks Identitätsfeststellung mehr oder weniger abzuführen. Sehen Sie die ganze Geschichte im Video.



Video: Neueste Erkenntnisse im Fall Amri

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag veranstaltete nach Einladung des Obmanns im Auswärtigen Ausschuss, Petr Bystron, einen Informations- und Gedenktag zum verheerenden Terroranschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz vom Dezember 2016. Gäste sind der Ex-Polizist und Spiegel-Bestsellerautor Stefan Schubert, der in seinem im Sommer 2018 erschienenen Enthüllungswerk „[Die Destabilisierung Deutschlands](#)“ die schmutzigen Verwicklungen von Geheimdiensten und der Bundesregierung im Fall Amri offengelegt hat (PI-NEWS [berichtete](#)) sowie die stellvertretende AfD-Fraktionsvorsitzende Beatrix von Storch. Schubert berichtet von erschreckenden Insider-Informationen und von Storch direkt aus dem laufenden Untersuchungsausschuss. Darüberhinaus gibt es ein aufschlussreiches Gespräch mit Angehörigen der Opfer dieses islamischen Anschlags.



Das Buch von
Stefan Schubert.



Bystron: Klare Demokratie- Ansage für wirren VerschwörungSchulz

Von JOHANNES DANIELS | Wirr – wirrer – Würselen: Martin Schulz – Ex-Präsident des EU-Parlaments, [überführter Steuergeldbetrüger](#) und Spesenritter sowie erfolgloser Ex-SPD-Kanzlerkandidat (manche erinnern sich noch, 100 Prozent !) und nun einsamer Hinterbänkler einer Partei im Sturzflug – durfte im Bundestag kurz seine eigene Sicht der Dinge zum Brexit

„Volle Pulle“ zum Besten geben.

Anlässlich der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin vor dem Treffen des Europäischen Rats [laberte und waberte](#) der Wüterich aus Würselen gegen den englischen Premier Boris Johnson, US-Präsident Donald Trump und die AfD – das Dreigestirn der „rechten“ Feindbilder der linksgrünen Niedergangs-Apologeten. Nach Beendigung seiner hochprozentigen Suada entgegnete ihm der AfD-Außenpolitik-Sprecher Petr Bystron klar und deutlich:

„Herr Schulz, das ist unsäglich, wie Sie einen demokratisch gewählten Kollegen diffamieren [...] – die Engländer haben sich in einer Volksentscheidung entschieden, diese EU zu verlassen und der wichtigste Grund für diese Entscheidung waren Bürokraten wie Sie in Brüssel“ und erteilte dem „Mann mit den Haaren im Gesicht“ ([Zitat Sigmar Gabriel](#)) eine eindeutige Lehrstunde in Demokratie und internationalem Völkerrecht.

Sogar im Groko-seligen Mainstream-Medium „WeLT“ gaben die Äußerungen Anlass für Besorgnis über den derzeitigen Geisteszustand des ehemals beliebten Ex-Bürgermeisters, Ex-Bierkönigs und Ex-Buchhändlers aus Würselenen:

„Die [merkwürdige Verschwörungstheorie](#) des Martin Schulz – im Bundestag präsentierte er eine wilde Theorie, die für sichtliche Irritationen im Plenum sorgte“.

Die WeLT weiter: Schulz habe offenbar eine sehr eigenwillige Theorie, wozu der Brexit vollzogen werden soll, und welche Absichten der britische Premierminister damit verfolgt. „Alles, was zurzeit abläuft mit diesen Leuten im britischen Unterhaus“, sagte Schulz höchst erregt, ohne seinen Satz zunächst zu Ende zu führen. Dann setzte er erneut an: „Die Leute, die dort sitzen, sind die, die Boris Johnson in die Downing Street gebracht haben. Denen ging es um ein Machtspiel.“

D-Day 2019: Boris Trumputin plant Invasion der EU!

„Es geht im Wesentlichen um etwas ganz anderes“, fuhr Genosse Schulz fort: „Boris Johnson will das Vereinigte Königreich zum Ableger der Interessen der Vereinigten Staaten von Amerika vor den Toren der Europäischen Union machen“, konstatierte Schulz.

Die WeLT: *„Es hat die Qualität einer Verschwörungstheorie, die Schulz dem Bundestag unterbreitete. Sie leitet sich offenbar aus der Tatsache ab, dass Großbritannien bereits Gespräche mit den USA geführt hat. US-Präsident Donald Trump hatte Johnson einen Deal versprochen, wenn das Land einmal die EU verlassen hat. Kann man den beiden dies vorwerfen?“*

Schulz fabulierte, dass der englische Premier Johnson von den USA ferngesteuert sei und sein Trachten nur dem Ziel diene, die USA strategisch günstig [gegen die Europäische Union](#) zu positionieren, so als planten die USA eine erneute Invasion des Kontinents. Das sind wirre Theorien aus dem gefährlichen linken Spektrum von altbekannten USA-Gegnern, sektiererischen AntiFa-Aktivisten, verhaltensauffälligen Chemtrail-Aluhüten, verschwörungstheoretischen Irren oder den Anonymen Alkoholiker Wuppertal-West. Dank Hassprediger Schulz ist sein Trump-Alien-Armageddon-UFO nun mitten im Deutschen Bundestag gelandet – Boris Trumputins D-Day 2.0 steht ante portas. Rette sich wer kann.

„Das ist der Ableger von Donald Trump in der Europäischen Union“, erklärte das Würsel-Würstchen in Bezug auf den englischen Premier. „Das ist der gleiche politische Tiefflug, der gleiche politische Flachkopf, wie Sie ihn im Bundestag repräsentieren“, schrie er sichtlich erregt in Richtung der AfD. „Das ist der gleiche intellektuelle Tiefflug.“

Mit Flachköpfen kennt sich der umtriebige [„Bierkönig von Würselen“](#) bestens aus, er ist bekanntlich erklärter Flachmann-Fachmann.

Was macht eigentlich Martin Schulz, MdB?

Die WeLT: „In Schulz' Weltbild sind die USA zum Feind der

Europäischen Union geworden, ist US-Präsident Donald Trump ein Feind der EU und ein Feind Deutschlands. Für einen ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments ist das mindestens eine bemerkenswerte Geisteshaltung ...“

So simpel ist die Weltsicht nach Selbstbedienungs-Gerechtigkeitsprediger Schulz und seinen kruden Geistesbrüdern am Werderschen Damm, dem inselbegabten SPD-Dreigestirn Heiko Maas, Michael Roth und Niels Annen: Trump hat das britische Referendum gefälscht, Putin stand Schmiere und Boris Johnson will die Weltherrschaft, Geheimwaffe englische Küche.

Kein Wunder, dass die derzeitige deutsche Außenpolitik aktiv dafür sorgt, dass die Bundesrepublik innerhalb von nur zwei Jahren in absolute geopolitische Bedeutungslosigkeit zurückgefallen ist.

Da hilft nur noch eins: Maddin rufen – 100 Prozent!



Bundesregierung weiß noch immer nicht, wie Hauptstadt Israels heißt

Von JÖRG HALLER | Die Bundesregierung antwortet nicht auf Fragen zur Sache. Sie weiß weder, welches die Hauptstadt Israels ist – noch weiß sie, wer für die Festlegung von

Hauptstädten zuständig ist. Das Kanzleramt spricht erneut der Knesseth die demokratische Legitimität ab und verweigert simple Fakten. Sie will Jerusalem, seit 69 Jahren Israels Hauptstadt, nicht anerkennen – aus Appeasement und falscher Rücksicht vor dem Islam, einer muslimisch dominierten UNO und einer auf Teufelkommaus erzwungenen Einheitlichkeit einer supranationalistischen EU.

Mit drei simplen Fragen demaskierte die AfD-Fraktion mit Petr Bystron und Dr. Rainer Kraft bei der Befragung der Bundesregierung am Mittwoch im Bundestag deren antiisraelische Haltung, die in keiner anderen Frage deutlicher zu Tage tritt als in der Weigerung, Jerusalem als Hauptstadt des jüdischen Staates anzuerkennen – und so das natürliche Recht auf Selbstbestimmung des demokratischen Staates Israel zu achten. Die Anerkennung Jerusalems wurde als Hauptstadt sowohl von den USA als auch von Russland (hier immerhin West-Jerusalem) und vielen anderen Staaten vollzogen, während Bundeskanzlerin Angela Merkel [Druck auf Rumänien](#) und andere osteuropäische Länder ausübte, sich ja nicht den USA anzuschließen.

Der AfD-Obmann im Auswärtigen Ausschuss, Petr Bystron, fragte schon [2018 die Bundesregierung nach der Hauptstadt Israels](#). „Wie heißt die Hauptstadt von Israel (bitte nur mit einem Ortsnamen antworten)“? Die Nicht-Antwort der Bundesregierung sorgte 2018 für Wut und Unverständnis in Israel, u.a. in der [Jerusalem Post](#) und [Times of Israel](#).

Kanzleramtsminister weiß nicht, was er antworten soll

So richtete Bystron am Mittwoch im Bundestag erneut seine Anfrage an den Chef des Bundeskanzleramtes und Minister für besondere Aufgaben, Prof. Dr. Helge Braun (CDU): „Sie stimmen in den Vereinten Nationen regelmäßig gegen die Interessen Israels, Sie sehen untätig dabei zu, wie Stiftungen der Linken und Grünen palästinensische Terroristen unterstützen.“ Seine Frage sei eine einfache, so Bystron: „Wollen Sie in dieser israelfeindlichen Politik weitermachen, oder wollen Sie West-

Jerusalem als Hauptstadt anerkennen?“

Braun war sichtlich von der Frage überrascht: „Ich will ehrlich sagen, so wenige Tage nach einem jüdenfeindlichen Angriff in Deutschland, sich hier hinzustellen und die Bundesregierung als israelfeindlich zu bezeichnen, wo es gar keinen Zweifel geben kann, dass die enge Verbindung zwischen Deutschland und Israel für Deutschland Staatsräson ist, das erschüttert mich ehrlich gesagt, und ich weiß nicht, was ich darauf antworten soll.“

Bystron ließ sich davon nicht beirren: „Es nützt nichts, sich demonstrativ vor Synagogen zu stellen und so zu tun, als wenn sie israelfreundlich wären, wenn Sie israelfeindliche Politik machen, sowohl außenpolitisch wie innenpolitisch.“

Die Bundesrepublik Deutschland mache alles andere als israelfeindliche Politik, antwortete Braun, „aber ich glaube, dass Sie gerade versuchen, dieses sensible Thema für sich zu instrumentalisieren, und das finde ich mehr als unangemessen.“

Für Jerusalem soll nicht gelten, was für Berlin selbstverständlich ist

Bystrons Abgeordnetenkollege Dr. Rainer Kraft zeigte daraufhin den Doppelstandard auf: Er erinnerte daran, dass der Bundestag in Berlin sitzt, weil das Parlament beschlossen habe, Berlin zur Hauptstadt zu machen, wie das jedes souveräne Land mache. „Was ist denn Ihrer Meinung nach das zuständige Gremium, um zu entscheiden, wo die Hauptstadt Israels zu verorten ist?“ Der sichtlich verunsicherte Braun wich wieder aus: „Der Antwort, die wir als Bundesregierung gegeben haben, brauchen wir an dieser Stelle nichts hinzuzufügen.“

Die kurze Szene zeigt – eine Feigheit, wirklich zum jüdischen Staat zu stehen, eine falsche Unterordnung unter einer islamisch dominierten UNO – unter dem Deckmantel des Völkerrechts, das im Falle Jerusalem mal eben außer Kraft gesetzt wird, so wie viele UN-Gremien auch in vielen anderen

[Fragen Israel mit doppeltem Maß](#) beurteilen, oder genauer: [ständig verurteilen](#).

Ostjerusalem wird von Palästinenser-Organisationen als Hauptstadt eines palästinensischen Staates beansprucht, während radikalere Palästinenser-Gruppen die gesamte Stadt als Hauptstadt fordern.

Man bedenke: den modernen Staat Israel es gibt seit seiner Ausrufung 1948 und Jerusalem wurde 1950 zu seiner Hauptstadt erklärt. Seit 69 Jahren möchte also Deutschland wieder bestimmen, wo Juden leben dürfen und wo nicht ([standardisierte deutsche Kritik an der sog. Siedlungspolitik Israel](#)) und es besser wissen, als die über 5.000-jährige Geschichte der Juden, die europäisch-jüdisch-christliche Bibel und die simplen Fakten im Atlas, die alle ausdrücklich sagen: Jerusalem ist die Hauptstadt Israels. Abermillionen Touristen fahren jährlich in Israels Hauptstadt – Jerusalem, dort ist der Sitz des israelischen Parlamentes, der Ministerien und das religiös-geistliche Zentrum des gesamten Judentums einschließlich der Diaspora – und des Christentums.

Die Jerusalem-Lüge im Koran – der Ursprung des Problems

Die Problematik zur Anerkennung Jerusalems findet ihren Ursprung im Koran: dort wird Jerusalem („El Kuds“) kein einziges Mal erwähnt. Aber die Muslime behaupten, dass die im Koran, Sure 17,1 erwähnte „fernste (auf arabisch im Koran: „al-aqsa“) Moschee“ bei der beschriebenen Himmelfahrt Mohammeds auf dem Tempelberg in Jerusalem stand. Auf dem Felsen im moslemischen Felsendom sei gar ein Fußabdruck des Pferdes Mohammeds bei dieser Himmelfahrt zu sehen. Aber: Zur Zeit Mohammeds, der 632 n.Chr. starb, stand auf dem Tempelberg gar keine Moschee.

Erst 715 n.Chr., fast 100 Jahre nachdem der Koran die Al-Aqsa-Moschee erwähnt hat, baute Kalif El-Walid eine Moschee auf dem Tempelberg mit diesem Namen (die ja heute noch steht). Der

Kalif erklärte, Mohammeds Pferd habe auf diesem Felsen bei seiner Reise in den Himmel einen Fußabdruck hinterlassen. Während Mekka und Medina eindeutig mit der Anfangsgeschichte des Islam verbunden sind und ihre hohe Bedeutung für den moslemischen Glauben einer kritischen historischen Analyse standhält, beruht die Bedeutung Jerusalems für die Muslime auf einer dreisten Lügenlegende.

Schaut man sich nun die EU-Welt an, wie sie den arabischen Einstellungen Raum gibt, so erkennt man, wie weit sich Europa von der Wahrheit entfernt hat – und Israel immer mehr im Stich lässt.



Bystron: „AfD muss Schutzschild für die Mutigen sein!“

Am 29. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung sprach Václav Klaus als Gast der bayerischen AfD-Fraktion im voll besetzten Landtag in München über nationale Souveränität ([PI-NEWS berichtete](#)) und griff die politische Linke scharf an. „Die Zukunft gehört den Patrioten“, sagte der ehemalige Präsident

der Tschechischen Republik.

Der Bundestagsabgeordnete Petr Bystron hielt ebenfalls eine beeindruckende Rede (siehe Video oben). Der AfD-Obmann des Auswärtigen analysierte eindrucksvoll die Ähnlichkeiten zwischen dem Endstadium des Kommunismus vor 30 Jahren und den heutigen Zuständen in Deutschland: „Die Stimmung in der Gesellschaft ist heute wieder so wie Ende der 80er-Jahre in den kommunistischen Diktaturen. Diejenigen, deren Meinung regierungskritisch ist oder sich gegen den Islam richtet, werden sanktioniert, müssen um ihre Jobs fürchten, werden schikaniert.“

Im Zusammenhang mit der Entlassung des Chefs der Hessischen Filmförderung sagte Bystron: „Wer sich zum Mittagessen mit dem Sprecher der größten Oppositionspartei trifft, mit einem Mitglied des Europäischen Parlaments, wird entlassen. Das gibt es nicht einmal in China oder Russland.“

Bystron klagte aber nicht nur an, er gab den Andersdenkenden auch Hoffnung. Er appellierte an die Anwesenden, sich nicht einschüchtern zu lassen: „Wir brauchen wieder Bürger mit Rückgrat, wir brauchen wieder Bürger mit Courage!“. Gleichzeitig betonte der frühere Landeschef, seine Partei habe die Verantwortung für diese Menschen: „Die AfD muss und wird Schutzschild für die Mutigen sein!“



Videos: Billy Six zurück in Berlin – Exklusiv-Interview mit PI-NEWS

Billy Six ist zurück in Berlin! Nach viermonatiger Inhaftierung in Venezuela ist der gebürtige Berliner am Montag Nachmittag gegen 14.30 Uhr wohlbehalten am Flughafen Tegel gelandet. Bei seiner Ankunft wurde er von seinen Eltern Ute und Edward Six, Freunden, Kollegen und AfD-Politikern in Empfang genommen.

Im anschließenden Interview mit PI-NEWS sagte Six, er stehe nach der viermonatigen Haft immer noch unter Schock. „Ich muss das erstmal realisieren und zur Ruhe kommen“, sagte er sichtlich mitgenommen, aber glücklich. Er bedankte sich bei allen, die ihm geholfen haben, frei zu kommen: „Vielen Dank für die Unterstützung.“

Sein Vater warf der Bundesregierung vor, ihn wegen seiner politischen Einstellung im Stich gelassen zu haben. „Die deutsche Regierung hat sich intensiv darum gekümmert, dass er nicht frei kommt. Sie hat den Protest gegen die Verhaftung verweigert“, so Edward Six.

Vielmehr habe sein Sohn seine Freilassung wesentlich dem Engagement des russischen Außenministers Sergej Lawrow und der Hilfe des AfD-Obmanns im Auswärtigen Ausschuss, Petr Bystron, zu verdanken ([PI-NEWS berichtete](#)).

Bystron zeigte sich denn auch gegenüber PI-NEWS sehr zufrieden mit der Freilassung von Billy Six: „Ich habe schon vor zwei Jahren gesagt, wir als AfD müssen ein Schutzschild sein für alle Entrechteten. Das ist unsere Aufgabe als AfD-Politiker auch im Parlament, uns für diese Menschen einzusetzen. Ich bin Außenpolitiker, wir haben die außenpolitischen Kontakte, Billy saß im Ausland im Gefängnis, also lag das nah, sich zu

engagieren.“

Six war Mitte November in Venezuela festgenommen worden. Er soll bei einer Rede von Staatschef Nicolás Maduro die Sicherheitsbegrenzung überschritten haben. Daraufhin wurden ihm Spionage und Rebellion zur Last gelegt, worauf in Venezuela bis zu 28 Jahre Haft verhängt werden können. Am Freitag war Six unter Auflagen auf freien Fuß gesetzt worden.

Am Dienstag wird sich Billy Six bei der Bundespressekonferenz den Fragen der Hauptstadt-Journalisten stellen. PI-NEWS wird den Livestream – wenn vorhanden – hier übertragen.



Die Schande der Bundesregierung: Billy Six noch immer in Haft

Von JOHANNES DANIELS | Free Billy Six ! Venezuela ist wie Kuba das sozialistische Shangri-La der [deutschen Linken](#) und der rot-grün-braunen „Haltungsmedien“. Deshalb reagierten Medien und sozialistische Politiker jahrelang mit Wegschauen, Beschönigen und euphemistischen Rechtfertigungen des mörderischen Maduro-Regimes, das innerhalb von wenigen Jahren

das erdölreichste Land Südamerikas mit realsozialistischer Ideologie in ein archaisches Rattenloch verwandelt hat, in dem immer mehr Menschen täglich verhungern.

Seit über 110 Tagen wartet der deutsche Investigativ-Journalist und Krisenreporter Billy Six, 32, nun im lebensgefährlichen Junta-Gefängnis El Helicoide in Caracas auf Hilfe. Doch kein deutscher „Regierungsverantwortlicher“ macht nur einen Finger krumm für den außergewöhnlich mutigen Autor. Die Eltern von Billy Six haben sich mit einem dringlichen Bittgesuch an den deutschen Außenminister Heiko Maas gewandt – sie haben bis heute keine Antwort bekommen. Auch vom „Free-Yücel“-Retter Cem Özdemir kam keine Reaktion, wie zu erwarten war.

Der Kontakt zu Billy ist nun schon seit Ende November abgerissen. Seine Eltern, Ute und Edward Six, haben lange auf die Unterstützung des Auswärtigen Amtes vertraut, ein fataler Fehler ! Um die Verhandlungen mit den Junta-Schergen des Maduro-Regimes nicht unnötig zu verschlechtern, hielten sie sich dezent zurück. Auch die AfD konnte bislang nur im Hintergrund agieren und über eigene diplomatische Kontakte nach Caracas vermitteln.

Heiko Maas tut nix für Billy Six. Im Gegenteil

Heute ist Ute und Edward Six klar: Die sonst humanistisch-imperialistische Bundesregierung will rein gar nichts für ihren Sohn Billy tun. Nicht einmal das, was auf diplomatischen Weg für einen Gefangenen deutschen Staatsbürger selbstverständlich wäre – jeder inhaftierte Drogendealer oder muslimische IS-Terrorist mit mindestens einem deutschen Pass bekommt mehr Aufmerksamkeit durch das Auswärtige Amt. Billy Six wird behandelt wie ein Verbrecher und das auch noch durchaus bewusst. Seine Eltern sprechen mittlerweile von „bewusster unterlassener Hilfeleistung“. Seine Haftbedingungen sind ohne jeden Zweifel unmenschlich. Derweil spitzt sich die Lage in dem Land Tag für Tag weiter zu. Billys Schicksal ist

heute mehr als ungewiss.

Der Bundestagsabgeordnete und Außenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Bundestag, Petr Bystron, suchte schon vor einiger Zeit den persönlichen Kontakt zur Familie und wollte die Geschichte des inhaftierten Journalisten aus erster Hand erfahren. Ende Februar nahm er an der ersten offiziellen Demonstration der AfD für Billys Freilassung teil. Lediglich 100 besorgte Menschen hatten sich vor dem Kanzleramt versammelt, um ihrer Forderung nach Gerechtigkeit für einen deutschen Staatsbürger Ausdruck zu verleihen.

Bystron schreitet ein

Hier kam Petr Bystron mit Ute und Edward Six persönlich ins Gespräch. Wenig später luden Sie ihn ihre Heimatstadt Neuenhagen ein und erzählten ihm die ganze, unfassbare Geschichte. Es ist ohne Zweifel eine Erzählung voller Schmach und Schande für die amtierende Regierung.

Rücktritte wären fällig, wenn nicht sogar Strafverfahren wegen unterlassener Hilfeleistung nach 323 c StGB und Untätigkeit im Amt nach § 336 des deutschen Strafgesetzbuches. Für den notorischen „Deutschland-Verrecke!“ – JungleWorld-und-WeLT-Journalisten Deniz Yücel setzten sich die üblichen Verdächtigen Özdemir-Gabriel-Maas-Merkel vehement auf allen diplomatischen und privaten Kanälen ein – das krude Merkel-System und seine willfährige System-Presse demaskieren sich immer mehr.

Bundestags-Linke gratulieren Diktator Maduro

Noch vor wenigen Wochen [gratulierte Heike Hänsel](#), Fraktionsvize der Linken im Bundestag, dem sozialistischen Diktator Nicolás Maduro offiziell zum „demokratischen Wahlsieg“ und Prantls Lügdeutsche Zeitung erhob den ru(h)mreichen „Comandante Chávez“ immerhin zum „[Star des linken Lateinamerika](#)“. Ähnlich wie jahrzehntelang in Kuba verhungern dort derzeit viele Bürger, werden in

Staatsgefängnissen zu Tode drangsaliert oder fliehen in die ebenfalls prekären Nachbarländer aus dem erdölreichen Staat. Allein über 1.600.000 Menschen flohen in den letzten drei Jahren nach Kolumbien: Die [„größte Flüchtlingswelle in der Geschichte Südamerikas“](#) ist das Resultat der neuen Steinzeit-Apologeten der Sozialistischen Internationalen.

In diesem linksversifften Traumland wurde der Berliner Kriegsberichterstatte Billy Six ohne fundierte Anklage, ohne Zugang zu einem Anwalt, ohne Kontakt zur Außenwelt bereits am 17. November in ein Gefängnis der Geheimpolizei verschleppt. Six wurde in einem Strandhotel in Punto Fijo im Norden des Landes festgenommen und kurz darauf in die venezolanische Hauptstadt in ein Militärgefängnis verbracht. Fast alle deutsche Mainstreammedien, Heiko Maas' Auswärtiges Amt, der gesamte diplomatische Dienst, die Bundesregierung und die deutsche Botschaft halten sich komplett bedeckt und glänzen mit diabolischer Häme gegen einen mutmaßlichen „Rechten“:

Sie reagieren damit exakt konträr als im Fall des Deutschland-Hassers Deniz Yücel – denn Billy Six berichtete für die Freien Medien, auch für die bürgerlich-konservative „Junge Freiheit“. Es scheint, bei der „Jungen Freiheit“ gibt es noch den mutigen Investigativjournalismus, der bei Spiegel und Konsorten zur medialen Relotius-Staaspropaganda-Farce verkommen ist.

Six schrieb über die Zustände in Libyen, Syrien und seit 2017 aus Venezuela. Im Gegensatz zur lügenverseuchten Mainstream-Presse war er allerdings tatsächlich vor Ort, suchte das Gespräch mit den Betroffenen und berichtete über deren wahre Lebensgeschichten und das Elend im real existierenden Sozialismus. Derzeit sitzt er seit über drei Monaten in einer Einzelzelle im berüchtigten Junta-Gefängnis El Helicoide in Caracas und leidet unter Dengue-Fieber. Journalist Billy Six soll sich „der Spionage, Rebellion und Verletzung von Sicherheitszonen schuldig“ gemacht haben, so die Vorwürfe der sozialistischen Schädlinge des eigenen Volkes.

Wenigstens die [weLT am Sonntag](#) berichtete noch Ende Dezember:

„Der ganze Fall ist eigenartig, und das gilt auch für Billy Six selbst, der in seinen 32 Lebensjahren schon mehr erlebt hat als zehn Durchschnittsdeutsche zusammen. Gemeinsam mit seinem Bruder Benno durchquerte er Afrika von Nord nach Süd, per Anhalter.

Auf dem Rückweg schürfte er Gold in Simbabwe. In Angola wurde er überfallen, später hielt man ihn für Jesus. Er war auch mal parteiloser Gemeinderat in Neuenhagen bei Berlin. Dann entschied er sich, Journalist zu werden. Immer wieder zog es ihn dorthin, wo es brannte. Soviel Zeit wie möglich vor Ort verbringen, mit den Einheimischen zusammenleben, das war sein Credo. Six war in Libyen, auf der Krim und campete in der Ukraine-Krise auf dem Maidan-Platz in Kiew.“

Im Frühjahr 2018 hatte Six über die katastrophale Wirtschaftslage in dem sozialistischen Staat berichtet, über Inflation, Korruption und die Massenflucht in die Nachbarstaaten. Schon damals war er vor Ort, viele Monate lang: „Venezuela, ein reiches Land am Abgrund – Links macht arm und unfrei“, lautete die Schlagzeile einer seiner Reportagen. Seine Eltern haben ihren Sohn seit drei Jahren nicht mehr gesehen. Vater Edward berichtete, sein Sohn sei dann noch mal ins Land gereist, um ein Buch zu schreiben und einen Film zu machen.

Carlos Correa, der Direktor der venezolanischen Menschenrechtsorganisation Espacio Público betont: „Es gibt keinerlei Beweise gegen Billy Six.“ Trotzdem spekulieren venezolanische Medien bereits über eine mögliche Freiheitsstrafe von 28 Jahren. Als Belege für Verbrechen des Deutschen führen die Juristen ein Foto an, das Six von Staatschef Nicolás Maduro aus einem öffentlich zugänglichen Bereich aus machte, sowie einen Bericht über die Rebellengruppe Farc. „Es kommt immer wieder vor, dass

ausländische Journalisten festgenommen werden, weil die freie Presse behindert wird. Aber normalerweise werden sie nach kurzer Zeit wieder freigelassen“, sagt Menschenrechtler Correa: „Dieser Fall ist anders. Das sieht man schon daran, dass ein Militärgericht den Fall behandelt und kein normales Gericht. Dadurch hat Billy Six keinen Zugang zu einem privaten Anwalt.“

Deutsche Botschaft: Man mische sich „nicht in laufende Verfahren ein“

„El Helicoide“ ist das berühmte pyramidenförmige 100m-hohe Gebäude in Caracas, welches als Zentrale des venezolanischen Geheimdienstes „Servicio Bolivariano de Inteligencia Nacional“ dient – eine ehemalige Shopping-Mall aus wirtschaftlich besseren Zeiten im Stadtteil Roca Tarpeya.

Die Zustände dort sind katastrophal, in den letzten vier Monaten sind „offiziell“ vier Häftlinge dort qualvoll gestorben. Six befindet sich nicht das erste Mal in einem Krisenstaat in Gefangenschaft. Schon 2012 wurde er in Syrien von Islamisten verschleppt, landete schließlich in einem Geheimdienstgefängnis des Regimes in Damaskus und kam nach rund drei Monaten frei.

Bislang verschicke das deutsche Konsulat eine „Verbalnote“ wöchentlich, „eine Art unverbindlichen Brief“. Ein Haftbesuch durch die deutsche Botschaft fand noch nicht statt, bestätigt auch das Auswärtige Amt. Informationen zu Six' Gesundheitszustand, den Vorwürfen, die ihm gemacht werden und der Frage, warum er offenbar keinen Anwalt bekommt, will der AA-Sprecher mit „Rücksicht auf die Persönlichkeitsrechte“ nicht geben.

Weitere Forderungen zur Freilassung aus der willkürlichen Haft lehnen Maas' Auswärtiges Amt und die deutsche Botschaft im „Sozialisten-Paradies“ Venezuela allerdings ab. In den Mainstreammedien erfährt man derzeit nur den traurigen Hype

über den ausgewiesenen – und ausgewiesen untätigen – deutsche Botschafter, Daniel Kriener, der von Maduro zur „[Persona non grata](#)“ nach der [Diplomatenrechtskonvention](#) erklärt wurde, da er eine „politische Rolle“ auf venezolanischem Territorium gespielt haben soll – allerdings nicht hinsichtlich seiner eigentlichen Aufgaben.

Billy Six hat neutral über die Flüchtlingskrise 2015 berichtet, er hat nicht wie die sonstigen Mainstream-Journalisten nur vor allem „schutzsuchende Frauen und Kinder“ gefilmt. Das war sein Verbrechen auf deutschem Boden. Sozialistischen Schädlinge hacken anderen sozialistischen Schädlingen kein Auge aus.

Im Internet auf freebilly.de erfahren Sie die aktuelle Nachrichtenlage um die Haftsituation von Billy Six und was Sie für Billy tun können. Das #Freebilly-Motiv hier zum [Herunterladen](#) in DinA4.



Bundestag: Rotgrüne Tumulte bei Bystron-Rede

Von JEFF WINSTON | Bei der heutigen Rede von Petr Bystron, AfD-Obmann im Auswärtigen Ausschuss, zum Thema „Feministische Außenpolitik“ kam es wiederum zu erheblichen Tumulten im

Parlament, ausgerechnet von amtsbekannten Kämpfer*Innen für so genannte internationale Frauenrechte.

Als Bystron den Antrag der abgebrochenen „Theaterwissenschaftlerin“, „Iran-Expertin“ und Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth, die vorsorglich auch gleich den Sitzungsvorsitz über die Debatte übernahm, kritisierte, reagierte diese mit nacktem Entsetzen und Drohungen. Vielfache krakeelende Zwischenrufe aus dem linksgrünen Lager versuchten zudem, Bystrons Ausführungen zu unterminieren.

Bystron stellte die von Roth postulierte politisch „strukturelle Diskriminierung von Frauen und Mädchen weltweit“ zunächst in Frage. Gerade in einem Parlament, in dem seit 13 Jahren eine Frau als Bundeskanzlerin regiere, könne von antifeministischer Diskriminierung keine Rede sein und verwies auf das Grundgesetz. „Vom wem wird Angela Merkel denn strukturell diskriminiert und an der gleichberechtigten politischen Teilhabe gehindert?“, fragte Bystron süffisant: „Von Helmut Kohl, Roland Koch, Friedrich Merz, Christian Wulff oder Wolfgang Schäuble?“

„Es gibt Länder, in denen Frauen durch mittelalterliche patriarchalische Strukturen gehindert und unterdrückt werden. Es sind alles islamische Länder, und das verschwiegen Sie in Ihrem Antrag – das passt nicht zu Ihrer Ideologie“, so Bystron: „Sie selbst, Frau Roth haben Ihren Antrag völlig wertlos gemacht, indem Sie sich im Iran diesen Strukturen unterworfen haben“.

Erster Zwischenruf-Eklat.

Bystron: „Es sind Diskussionen im Gang, dass Sie dieser Rolle in diesem Hause nicht gewachsen sind ...“

Weitere Tumulte brechen aus.

Claudia Roth: „So, wir werden diese Äußerung von Herrn Bystron

selbstverständlich im Ältestenrat befassen, wer hier würdig oder unwürdig ist.“ (Zitat der abgebrochenen Theaterwissenschaftlerin)

Bystron weiter: „Sie selbst, Frau Roth haben diesen Antrag komplett wertlos gemacht, indem Sie im Iran mit den Mullahs paktierten. Das ist ‚Feministische Politik‘ à la Claudia Roth“.

Dieser Antrag sei ein „Missbrauch des Parlaments für kulturmarxistische Propaganda“. Bystron: „Frau Roth, Sie wollen einen Paradigmenwechsel? Die Alt-68-er haben in den letzten Jahren genug Schaden angerichtet. So wie Frau Merkel Europa spaltet, spalten Sie die Gesellschaft. Sie hetzen Frauen gegen Männer auf, Homosexuelle gegen Heteros, Weiße gegen Schwarze, Behinderte gegen Nicht-Behinderte. Das lassen wir uns nicht mehr von Ihnen gefallen,“ so der Münchner Bundestagsabgeordnete couragiert.

„Wir brauchen keine Spaltung, wir brauchen keine Quoten“. Bystron: „Wir brauchen einen Staat, der die Interessen aller Bürger vertritt. Wir brauchen daher eine verantwortungsvolle Außenpolitik für alle Bürger dieses Landes und am meisten für einen Bürger, für Billy Six, den Sie derzeit im [venezolanischen] Gefängnis verrotten lassen“.

Bystron schloss seine Rede mit: „Frau Roth, ich spreche daher für jeden einzelnen unserer Wähler – acht Millionen Wähler lehnen Ihren Antrag geschlossen ab.“



Bystron prangert Morde an Südafrikas Farmern an – Hetzkampagne!

Von JOHANNES DANIELS | Milchkühe sind nützlich. Sie erzeugen Milch und wertvollen Dung. Lügenmedien erzeugen Lügen und euphemistischen Mist, sie sind mittlerweile nahezu wertlos für die Zivilgesellschaft in Deutschland. Ausgerechnet am 19. Dezember 2018, dem bislang historischen Tiefpunkt der deutschen Mediengeschichte seit 70 Jahren – mit seinen erschreckenden Enthüllungen über systematische Schwindel- und Lügenkampagnen seitens der ehemaligen Qualitätsmedien – versuchen diese nun in einem letzten konzertierten Aufbäumen, einen intellektuell missliebigen Oppositionspolitiker zu diffamieren und „medial zur Strecke zu bringen“.

Sie haben sich mit dem profilierten AfD-Außenpolitiker Petr Bystron allerdings den Falschen ausgesucht. Aber auch das falsche Thema, denn dieses ist vielschichtiger als die bezahlten Einfaltspinsel der linksideologischen Brutstätten geistig verarbeiten können. Die „Unverbesserlichen“ haben wieder einmal nichts begriffen.

Petr Bystron reiste als zuständiger Obmann des Auswärtigen Ausschusses Ende August nach Südafrika, dem wichtigsten Handelspartner Deutschlands auf dem schwarzen Kontinent. Am Kap traf sich der Bundestagabgeordnete mit Mitgliedern der ANC-Regierung, mit verschiedenen Hilfsorganisationen und NGOs sowie selbstverständlich mit [Angehörigen von ermordeten weißen Farmern](#), um die Situation aller Gesellschaftsschichten der von deutschen Medien vielgepriesenen „Regenbogennation“ zu analysieren. Allein das Wort „Regenbogen“ erweckt bei hiesigen Buntpolitikern und -journalisten emotionale Wallungen. So zeigte sich auch [Ex-Kommunist und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier](#) unlängst mehr als begeistert über das

„Zusammenleben in Vielfalt“ in Südafrika, wo „unterschiedliche Ethnien friedlich miteinander leben“ würden.

„Reverse Apartheid“ – organisierte Mordserien an Weißen

Doch die Realität sieht weitaus anders aus – die Gesellschaft Südafrikas wird [von zunehmender Gewalt erschüttert](#), „das Land weist mittlerweile die zehnthöchste Mordrate der Welt auf“, erklärt Bystron: „Die Bundesregierung sollte aufhören, die Gewalt gegen weiße Farmer in Südafrika weiterhin zu verschweigen und zu beschönigen“ – statt eines friedlichen Miteinanders herrsche in dem Land eine Atmosphäre der Angst und des Misstrauens. [Auch leide die Wirtschaft](#) massiv unter der staatlich angeordneten Diskriminierung von Weißen durch die ANC-Regierung.

Neu eingeführte Rassenquoten in Betrieben behindern die Einstellung von qualifiziertem Personal. Unter der Apartheid gab es 17 Rassengesetze in Südafrika. Heute gibt es 114. Im September legten Streiks von weißen Energiearbeitern gegen „neue Rassengesetze“ die Wirtschaft für einige Tage lahm. Während nicht nur Staatspräsident Cyril Ramaphosa mittlerweile über 450 Millionen Dollar privat zur Seite geschafft hat, hat sich die wirtschaftliche Situation der schwarzen Bevölkerung seit dem Ende der Apartheid nicht im Geringsten verbessert.

Kill the Boer: „Wir sind hier, um Euch zu töten“

„Um von ihrem eigenen Versagen abzulenken, sucht die korrupte ANC-Führung einen Sündenbock, nämlich die weißen Farmer, die angeblich alles den Schwarzen weggenommen hätten“, warnte Bystron. Diese – gelinde gesagt – „Neiddebatte“ führte in den letzten Jahren zu einem enormen Anstieg der brutalen Farmüberfälle mit hundertfachen Morden, Folterungen und Rassenterror von Zulus gegenüber den produktiven Buren.

Analog dem Nachbarland Simbabwe werden offensichtlich im staatlichen Auftrag „Economic Freedom Fighters“ instruiert, weiße Steuerzahlende systematisch auszurotten. Die

bestialischen Bluttaten werden in der Regel nicht von der (schwarzen) Staatsanwaltschaft aufgeklärt, nur drei Prozent der Farmmörder wandern überhaupt ins Gefängnis. Den Terrorbanden geht es meist nicht um Raubgut, von den Opfern angebotenes Geld wird grundsätzlich verschmäht. Es „geht ums Töten“, wie Mariandra Heunis, eine Gesprächspartnerin aus der Gegend von Pretoria in ihrem erschütternd stoischen Interview mit Petr Bystrons Mitarbeiter ausführt.

Das siebenminütige fatalistisch-symptomatische Interview mit der starken Witwe und Mutter von vier Kindern sagt mehr als alle Regenbogen-Fantasien deutscher Integrations-Apologeten aus:

Apocalypse now – die Suidlanders

Der gemäßigte „Friedensnobelpreisträger“ und (wohl) Polizistenmörder Nelson Mandela würde sich im Grabe umdrehen, wenn er seine Visionen von einer friedlichen Nation am Kap abstaubt. Vorrangig aus diesen Gründen schließen sich Boer-Farmer mittlerweile zusammen, um sich gegenseitig zumindest das subjektive Gefühl von Schutz und Hilfeleistung zu geben. Eine dieser Verbindungen gegen ohnmächtig hingegenommene ANC-Repressalien und gezielte Mordserien sind die „Suidlanders“ – in Merkels Medienzirkus schlichtweg als „Martialische Paramilitärs“ abgestempelt. ZA-Seppls, die den lieben langen Tag nichts anderes im Sinn haben als Ku-Klux-Klan-mäßig diskriminierte Dunkelhäutige „zu klatschen“.

Auch Christian Putsch, Afrika-Korrespondent der WeLT, nahm bei seinen umfangreichen Recherchen zu den Suidlanders nun eine [„Lust am Untergang in der Gruppierung“](#) war, Suizidlanders sozusagen. Peter Bystron wurde von einigen Mitgliedern, die auch bei Donald Trump Beachtung finden, zum traditionellen „Braai“ eingeladen. Wie Millionen deutscher Sportschützen auch, durfte Bystron – selbst Jäger – im Anschluss zeigen, dass er allemal zielgenau treffen kann – mit der Pistole, der

„Feder“ und dem Wort, wie es sich für einen Gentleman geziemt. Bystron sehe die „Suidlanders“ daher auch als Organisation von überwiegend weißen Farmern, die Angst um ihr Leben hätten und sich organisierten, um schlichtweg „zu überleben“.

Claas Relotius – und das gefakte „Grenzschutzkommando“

Ironie des Schicksals: Ausgerechnet in seiner „Borderline-Story“ [„Jaegers Grenze“](#) bediente der am Mittwoch entlarvte preisgekrönte Lügenpresse-Zögling Claas Relotius alle Register des seit dem SZ-Magazin-Tom-Kummer-Skandals so genannten [„Borderline-Journalismus“](#) – ebenfalls eine euphemistische Umschreibung für „Lügen wie gedruckt“ bei Prantls Süddeutscher Zeitung.

Ausgerechnet Claas Relotius schrieb für den ganzen linkspolitisch ambitionierten Blätterwald – neben dem Spiegel auch in der WeLT, im SZ-Magazin, in der Zeit, in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung und natürlich in Deniz Yücel's taz. Und ausgerechnet genau diese hereingelegte oder willfährig kolaborierende Lügen-Boulevard-Auswahl ätzte am Mittwoch in einer konzertierten Kampagne gegen Bystrons Südafrika-Reise. Wer war der mediale Dirigent des Hetzkommandos?

Über den Wahrheitsgehalt der Meldungen kann sich seit der „LÜGEL-Gate“-Katastrophe für die linientreuen System-Medien wohl jeder halbwegs intelligente Bundesbürger selbst seine Gedanken machen. Die Konzertierung und gefechtsmäßige Mobilmachung des gesamten Mainstreams gegen den außenpolitischen Sprecher der AfD, Petr Bystron, verlief allerdings mit der Präzision eines Schweizer Uhrwerks. Doch wem nützt die in der moderneren deutschen Medienhistorie fast beispiellose Hetzkampagne gegen einen der intellektuellsten Köpfe der größten Oppositionspartei?

Das Kampfgebiet

Der ideale Zeitpunkt: Petr Bystron konnte sich diesen

Donnerstag kaum wehren, er war im Irak in Gesprächen mit dem dortigen Ministerpräsidenten zur Feststellung der Remigrations-Situation. Wie nur wenige Insider aus Presse, Bundestag und dem Auswärtigen Amt wussten, begleitete er eine Delegationsreise, angeführt von Heiko Maas. Speziell für den Hauptprotagonisten des verfassungswidrigen NetzDG ist der investigative Obmann im Auswärtigen Ausschuss ein Stachel im Fleisch, ein „Pain in the Ass“, aber auch für viele andere rot-grüne Politiker. [ARD-Report Mainz sendete ein spezielles Feature](#) und lancierte es sogleich weiter an die GEZ-Tagesschau.

Zum Abschuss frei gegeben? Pressehetze „zum Schießen“

Hier einige Auszüge aus den medialen Hetzjagden:

Die [Süddeutsche Zeitung über Bystron](#) (Fake-Journalist Claas Relotius schrieb für sie ...):

„Wie das ARD-Politikmagazin „Report Mainz“ berichtete, reiste er auf Kosten des Bundestages nach Südafrika und absolvierte mit Vertretern der Organisation „Suidlanders“ eine Schießübung.“

Bundestagsvizepräsident Thomas Oppermann (SPD) nannte den Vorgang auf Twitter einen Fall für den Verfassungsschutz, falls Bystron wirklich an einem solchen Schießtraining teilgenommen habe. Oppermann fügte hinzu: „Und es dürfte seine letzte Dienstreise gewesen sein.“

Die Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen, Britta Haßelmann, sprach von einem „ungeheuerlichen Vorgang, der nach Aufklärung schreit“. Angesichts dieser Reise könne die [AfD](#) „nicht ernsthaft so tun, als hätte sie nichts mit Rassismus zu tun“.

Ein Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion sagte: „Man wird in der nächsten Sitzung des Fraktionsvorstandes darüber sprechen müssen.“ Report Mainz“ zitiert eine Einschätzung des Experten

Gareth Newham vom südafrikanischen Institute for Security Studies in Pretoria, der die „Suidlanders“ als einen Zusammenschluss von völkischen Rassisten einordnet.“

Der [SPIEGEL über Bystron](#) (Fake-Journalist Claas Relotius schrieb für ihn ...):

„Schießtraining mit Rechtsextremen in Südafrika – Der AfD-Abgeordnete Petr Bystron traf sich mit südafrikanischen Rassisten zum Schießen. Die Kritik aus anderen Parteien ist heftig, nun will auch seine Fraktion mehr zu der Reise wissen.

In anderen Parteien sorgte Bystrons Verhalten [für heftige Kritik](#). Vor seinem Einzug in den Bundestag war der Politiker eine Zeit lang wegen Sympathiebekundungen für die rechtsextreme „Identitäre Bewegung“ vom bayerischen Verfassungsschutz beobachtet worden.

Bundestagsvizepräsident Thomas Oppermann (SPD) teilte nun mit, wenn Bystron wirklich an einem solchen Schießtraining teilgenommen habe, wäre das ein Fall für den Verfassungsschutz.

Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth (Grüne) sagte dem SPIEGEL: „Petr Bystron verdeutlicht, dass die Hemmschwelle der AfD zu einer unverhohlenen Nähe und internationalen Kooperation mit offen-rassistischen und gewaltbereiten Gruppierungen nicht etwa sinkt, sondern endgültig aufgehoben ist.“ Bystron habe mit seinem Verhalten den Wirkungsraum des Grundgesetzes verlassen.

Wie der SPIEGEL weiter erfuhr, wird durch die detaillierte Fragestellung eine Art umgekehrter Apartheid insinuiert – durch den regierenden ANC gegenüber der weißen Minderheit. Die Anfrage, die vom Auswärtigen Amt abgearbeitet wird, muss bis Ende Januar beantwortet sein.

Bystron ist Obmann der AfD im Auswärtigen Ausschuss. Er hatte dem ARD-Magazin seine Teilnahme am Schießtraining bestätigt. Die „Suidlanders“ sind nur für Weiße offen und eine rassistische Gruppe.“

Die [WeLT über Bystron](#) (Fake-Journalist Claas Relotius schrieb für sie...):

„AfD-Obmann soll sich in Südafrika mit Rassisten getroffen haben – Der Obmann der AfD im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages, Petr Bystron, soll laut „Report Mainz“ in Südafrika mit bekannten Rassisten ein Schießtraining absolviert haben. Bezahlt wurde die Reise demnach vom deutschen Steuerzahler. Die „[Suidlanders](#)“ gelten als rassistische Gruppierung von Südafrikanern weißer Hautfarbe. Sie halten einen Rassenkrieg in Südafrika für unvermeidlich. Bei der Fußball-WM 2010 wurden sie verdächtigt, Anschläge zu planen.

Auf den politischen Hintergrund der Organisation angesprochen, soll der 46-Jährige geantwortet haben, dass er „null Berührungsängste mit den Suidlanders“ habe, teilte das Magazin weiter mit. Seiner Meinung nach handele es um eine Organisation der südafrikanischen Zivilgesellschaft.

„Ich habe das so empfunden, dass das eine Organisation ist von überwiegend weißen Farmern, die Angst haben um ihr Leben und die sich organisieren, um zu überleben, sollte es zum schlimmsten Fall kommen“, wird Bystron von dem Magazin zitiert. Während seiner Dienstreise soll er auch Vertreter der Regierungspartei ANC und von Nichtregierungsorganisationen getroffen haben.

Burkhard Lischka, innenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, hat dem Politmagazin gegenüber bereits sein Unverständnis geäußert: „Mir bleibt da die Spucke weg, dass eine solche Reise aus Steuerzahlermitteln finanziert wurde.“ Das Treffen zeige das doppelte Spiel der AfD,

einerseits würden Unvereinbarkeitsbeschlüsse mit extremistischen Organisationen verfasst, während diese andererseits weltweit hofiert würden.“

Die [„Zeit“ über Bystron](#) (Fake-Journalist Claas Relotius schrieb für sie...):

„AfD will Treffen von Petr Bystron mit rechtsextremer Gruppe prüfen – Die AfD kündigt die Prüfung einer Dienstreise ihres Abgeordneten Petr Bystron an. Er hatte sich in Südafrika mit der Suidlanders-Organisation getroffen. Die Suidlanders sind eine protestantisch inspirierte Vereinigung von Weißen mit einer Vorliebe für Waffen und rassistischer Tendenz.

In Südafrika wurde Bystron – wie üblich bei solchen Reisen von Bundestagabgeordneten – von Botschaftsmitarbeitern betreut und zu allen offiziellen Terminen begleitet. Das Treffen mit den Suidlanders sei jedoch ein „privater Teil der Reise“ gewesen, von dem das Auswärtige Amt nichts gewusst habe, sagte eine Ministeriumssprecherin.

Auch der Bundestag teilte mit, der umstrittene Termin sei im Antrag für die Dienstreise nicht aufgeführt gewesen. Zudem habe das Parlament nur die Flug- und Hotelkosten übernommen.

SPD und Grüne kritisierten das Treffen. Bundestagsvizepräsident Thomas Oppermann (SPD) schrieb auf Twitter, wenn Bystron wirklich an einem solchen Schießtraining teilgenommen habe, wäre das ein Fall für den Verfassungsschutz“.

Die [FAZ über Bystron](#) (Fake-Journalist Claas Relotius schrieb sowohl für die FAS als auch für die FAZ...):

„ AfD will Treffen von Bystron mit rechtsextremer Gruppe prüfen -Die AfD-Fraktion im Bundestag will sich ein Treffen ihres Mitglieds Petr Bystron mit Angehörigen einer rechtsextremen Gruppe in Südafrika näher anschauen. „Man wird

in der nächsten Sitzung des Fraktionsvorstandes darüber sprechen müssen“, sagte Sprecher Christian Lüth am Mittwoch auf Anfrage. Der bayerische AfD-Bundestagsabgeordnete hatte auf einer Reise nach Südafrika die Gruppe Suidlanders getroffen und ein gemeinsames Schießtraining absolviert“.

Die Tagesschau über Bystron (Fake-Journalist Claas Relotius hätte sicher bald auch für Kai Gniffke & Patrick Gensing seine Fake-Fakten geschrieben ...):

„Eindeutig rassistisch-völkische Organisation – Während der Reise, die vom Bundestag finanziert wurde, absolvierte Bystron auch ein Schießtraining. Auf die Frage, ob er auch selbst geschossen habe, sagte er: „Natürlich. Ich bin Jäger. Haben Sie nie geschossen?“ „Wir glauben, es wird einen Rassenkrieg geben in Südafrika. Das ist nicht zu vermeiden“, sagte Simon Roche, der Sprecher der „Suidlanders“ gegenüber der ARD. „Man kann Öl und Wasser nicht mischen. Unter den jetzigen Umständen kann man in Südafrika keine Zivilisation erbauen.“

Die Gruppe glaubt, dass ein Genozid an der weißen Bevölkerung bevorstehe. Sie wollen sich mit Waffengewalt gegen einen solchen angeblichen Angriff wehren. Dafür absolvieren sie paramilitärische Trainings. SPD-Politiker Burkhard Lischka kritisierte den Besuch. „Mir bleibt da die Spucke weg, dass eine solche Reise aus Steuerzahlermitteln finanziert wurde.“ [...] „Das zeigt ein weiteres Mal, dass in der AfD inzwischen der völkisch-nationalistische Flügel in erheblichem Maße das Zepter schwingt. Auch hier in der Bundestagsfraktion – Petr Bystron ist ein weiteres Beispiel dafür.“ Lischka forderte eine Beobachtung der Partei durch den Verfassungsschutz.

Gleichgeschaltet – gleich geschaltet

Wer zum Ende des Jahres 2018 noch glaubt, linientreue Merkel-Medien berichteten wahrheitsgemäß, sollte sich in

psychosomatische Behandlung begeben. Wer darüber hinaus glaubt, Zeitpunkt, Aus-Maas und exaktes Timing der „Agenda Bystron-Südafrika“ deutschen Einheits- und Einheiz-Presse seien zufällig, sollte einen guten Arzt aufsuchen.

Die AfD ist die einzige deutsche Partei, die sich mit dem unsagbaren Leid der *Boeren* beschäftigt, das deutsche Medien aus bekannten Gründen vertuschen und verheimlichen. Im Jahr 2018 reichte die AfD verschiedene Anfragen an die Bundesregierung zur Situation in Südafrika ein. Sie



wollte wissen, ob verfolgten Farmern in Deutschland Asyl gewährt werde und ob die deutsche Entwicklungshilfe vom Einhalten grundlegender Menschenrechte abhängt. Die Antworten der Bundesregierung zeigte keinerlei Problembewusstsein. Deutschland zahlte letztes Jahr 314,5 Millionen Euro Entwicklungshilfe an Staatspräsident Cyril Ramaphosas Regenbogennation. Laut Forbes-Liste einem der reichsten Potentaten Afrikas – unter anderem dank des deutschen Steuermichels!

Im letzten Jahr gab es in ZA 581 Farmangriffe, nach 478 im Vorjahr (+21%), im Februar verabschiedete das Südafrikanische Parlament ein Gesetz, nach dem weiße Farmer ohne Kompensation zwangsenteignet werden dürfen.

„Diese Politik ist mit unseren europäischen Werten nicht

kompatibel. Gerade Deutschland sollte angesichts unserer Geschichte hellwach sein, wenn eine Regierung mit Rassengesetzen offiziell gegen eine Minderheit im eigenen Land vorgeht“, so MdB Petr Bystron – selbst aus der damaligen Tschechoslowakei vor einem brutalen Meinungs-Regime geflohen. Willkommen zuhause!

Hier etwas Nachhilfe über die derzeitige Lage in Südafrika für die deutschen Claas Relotius-Medien von der kanadischen Journalistin Lauren Southern (Prädikat: Sehenswert!):



Petr Bystron: Helsinki gutes Signal für Europa und die Welt

Mit dem dreitägigen Gipfel der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE) im Sommer 1975 in Helsinki begann die Tradition, ergebnisorientierte russisch-amerikanische Gipfel in Finnland abzuhalten: Im Rahmen der historischen Begegnung des amerikanischen Präsidenten [Gerald Ford](#) und des sowjetischen Staats- und Parteichefs Leonid Breschnew entstand so der „Geist von Helsinki“.

In der paraphierten Schlussakte, die von allen Ländern Europas – mit Ausnahme des damals in Selbstisolation lebenden Albanien

– sowie den Vereinigten Staaten und Kanada getragen wurde, einigten sich der Westen und der Ostblock auf Regeln und Prinzipien für eine friedliche Koexistenz und verstärkten den wirtschaftlichen Austausch. Helsinki 1975 war der erste Dooropener für eine schrittweise Annäherung der Großmächte und den Fall des „Eisernen Vorhangs“.

Durch die mehr oder weniger erneute „Splendid Isolation“ eines bislang vom deutschen humanitären Imperativ, der fatalen Außenpolitik von Lame-Duck Barack Obama und eines schwankenden Kommissionspräsidenten Juncker aufgestachelten EU-Europas gegenüber der USA und Russland, wird der Gipfel zwischen Donald Trump und Wladimir Putin am 16. Juli 2018 als bedeutende Etappe einer neuen friedlichen Annäherung der beiden bevölkerungsreichen Mächte eingehen. Egal, was die deutsche Manipulationspresse dazu krakeelen vermag.

Das Datum dieser Zusammenkunft wurde nicht zufällig ausgewählt – vor genau 100 Jahren, in der Nacht vom 16. auf den 17. Juli 1918, wurde die Zarenfamilie Romanow von ideologisch verblendeten roten Horden der Bolschewisten ausgelöscht. Heute würde man sie als „AntiFa“ bezeichnen.

Doch egal wie der – ebenfalls in manieriert-empörter weltpolitischer Selbstisolation befindliche – deutsche politisch-mediale Komplex tobt und die Annäherung des Self-made-Milliardärs Donald Trump an Russland dämonisiert, die führenden Politiker der „Partei der politischen Vernunft“, der AfD, begrüßen diesen couragierten Schritt in Richtung einer längst fälligen internationalen Verständigung.

Bystron: „Annäherung von Trump und Putin ist ein gutes Signal für Europa und die Welt“

Der Obmann der AfD im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages, Petr Bystron, sieht in den bilateralen Gesprächen ein gutes Zeichen für Entspannung und Zusammenarbeit in Europa und einen neuen „Geist von Helsinki“ am Horizont:

„Donald Trump hat gegenüber Wladimir Putin eine große Geste gezeigt: Der US-Präsident gestand vor Beginn des Helsinki-Gipfels ein, dass das schlechte Verhältnis zwischen den USA und Russland maßgeblich durch Fehler der amerikanischen Außenpolitik der letzten Jahre verursacht wurde.

Trumps Bemühungen, das Verhältnis zu Russland zu verbessern, sind ein gutes Zeichen und verdienen Anerkennung. Eine langfristige Entspannung der russisch-amerikanischen Beziehungen braucht Ehrlichkeit. Der selbstkritische Hinweis des US-Präsidenten kann die Grundlage für konstruktive Gespräche und Normalisierung der Beziehungen sein.

In den 1990er Jahren hat die Welt eine wunderbare Phase der Entspannung und Zusammenarbeit zwischen den USA und NATO auf der einen und Russland auf der anderen Seite erlebt. Die Präsidenten der USA und Russlands haben mit ihrem Treffen in Helsinki nun den Grundstein dazu gelegt, zu dieser Form der Entspannungspolitik zurückzufinden.

Es ist zu begrüßen, wenn sich auch durch diesen Gipfel die Lage beruhigt und eine verbale Abrüstung stattfindet. Europa und ganz besonders Deutschland können von dieser Annäherung nur profitieren. Einer dauerhaften und tragfähigen Lösung der Konflikte in Syrien und der Ukraine ist die Welt durch den Abbau der Spannungen ebenfalls näher gekommen. Solche wichtigen diplomatischen Erfolge müssen auch durch Deutschland uneingeschränkt unterstützt und befördert werden.“

Dr. Alice Weidel:

„Herausforderungen leichter mit – als gegen Russland zu bewältigen“

Die Fraktionsvorsitzende der AfD im Deutschen Bundestag, Alice Weidel, kommentiert das Gipfeltreffen zwischen US-Präsident

Donald Trump und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin mit Optimismus für die vielfachen internationalen Herausforderungen:

„Die teilweise schrillen Reaktionen auf die Zusammenkunft Donald Trumps mit seinem russischen Amtskollegen sind unverständlich und unangebracht. Dass der Präsident der Vereinigten Staaten gegen den lautstarken Widerstand des US-Establishments einen Schritt unternimmt, die Beziehungen zu Russland zu normalisieren und den unerklärten Kalten Krieg zu überwinden, ist aus deutscher und europäischer Sicht zu begrüßen.

Statt weiter reflexhaft Trump zu schmähen und Putin zu dämonisieren, wäre die deutsche Politik gut beraten, dieses Signal aufzugreifen und auf ein schnelles Ende der sinnlosen und für beide Seiten schädlichen Russland-Sanktionen hinzuwirken. Die großen Herausforderungen unserer Zeit sind nicht Geisterdebatten über angebliche russische Wahleinmischungen, sondern die Ausbreitung des militanten Islam, die Befriedung der Konfliktherde im Nahen und Mittleren Osten und das ökonomische und politische Vormachtstreben Chinas.

Auf all diese Herausforderungen lassen sich Antworten leichter mit als gegen Russland finden. Donald Trump scheint das, anders als viele Kalte Krieger in Politik und Medien, inzwischen erkannt zu haben.“

In der folgenden Pressekonferenz stellte Donald Trump klar, dass es eine weitere Annäherung mit Russland geben wird. Das Ablehnen von politischen Treffen sowie Nichtstun – wie es die Demokraten forderten – seien keine Lösung. Seine Entscheidungen in Bezug auf die US-Außenpolitik sind nicht dazu gedacht, um Parteien, Kritikern, Medien oder den Demokraten zu gefallen, die nach Trumps Worten nichts anderes wollen, als Widerstand zu leisten und zu blockieren.

Konstruktive Dialoge zwischen den USA und Russland, so Trump, bringen die Chance, neue Wege zu gehen, um Frieden und Stabilität in unserer Welt zu ermöglichen. Der historisch-epische Trump-Ausspruch dürfte sich in die bekannten außenpolitischen Zitate Ronald Reagans und John F. Kennedys einreihen:

„I would rather take a political risk in pursuit of peace than to risk peace in pursuit of politics.“

(„Ich gehe gern das politische Risiko ein, Frieden anzustreben, als den Frieden zu riskieren, um Politik zu machen ...“)



Unterstützt die Bundesregierung Hetze gegen Opferfamilien?

Seitdem die Familie der ermordeten Susanna Feldmann aus Mainz auf Facebook regierungskritische Posts geteilt hat, unter anderem [das Video der verhinderten Schweigeminute](#) im Bundestag, wurde sie Opfer einer koordinierten Cybermobbing-Kampagne im Internet, ausgerufen durch Mitglieder von [Jan Böhmermanns Spam-Kampagne](#) „Reconquista Internet“.

„Reconquista Internet“ wird unter anderem unterstützt durch die Initiative des Europarates „No Hate Speech“, zu dessen „Kampagnenkomitee“ das Bundesfamilienministerium, das Bundesjustizministerium, das Bundesaußenministerium, die Antidiskriminierungsstelle des Bundes, die Bundeszentrale für politische Bildung und der Integrationsbeauftragte der Bundesregierung gehören.

Der AfD-Abgeordnete Petr Bystron hat nun eine Anfrage an die Bundesregierung gerichtet:

1. Distanziert sich die Bundesregierung vom Cybermobbing durch „Reconquista Internet“ gegen die Opferfamilie?
2. Welche Geldmittel stellt die Bundesregierung insgesamt für den Kampf gegen sogenannte „Hate Speech“ zur Verfügung?
3. Auf wessen Initiative wurden diese Mittel bewilligt und wer waren die Entscheidungsträger?
4. Wie definiert die Bundesregierung „Hate Speech“? Gehört hierzu auch generell das teilen von Videos mit Schweigeminuten für ermordete Familienangehörige, oder nur dann, wenn damit implizit Kritik an der herrschenden Migrationspolitik der Regierung Merkel verstanden werden könnte?
5. Wie unterscheidet sich dieser Kampf gegen Hate Speech in Form von Cybermobbing und öffentliches Bloßstellen („Doxxing“) von dem, was angeblich bekämpft werden soll? Betreiben die Hetzer von Reconquista Internet nicht gerade „Hate Speech“?
6. Welche konkreten Schritte wird die Bundesregierung unternehmen, um sicherzustellen, dass keine öffentlichen Gelder an Aktionen und Organisationen gehen, die Cybermobbing gegen Andersdenkende, trauernde Hinterbliebene sowie Opfer der Politik der aktuellen Bundesregierung unterstützen?

Eine Antwort steht noch aus.

Die Bundesregierung hat sich geweigert, eine vorangegangene Anfrage zum Thema „Reconquista Internet“ im Zusammenhang mit Jan Böhmermann und dem ZDF zu beantworten, da „die Bundesregierung ... keine Kenntnis darüber (hat) welche Auffassung die von ihr in den ZDF-Fernsehrat entsandten Vertreter ... vertreten.“

„Wenn die Bundesregierung keine Ahnung hat, was ihre Vertreter im ZDF-Fernsehrat machen, warum entsendet sie sie dann überhaupt?“, fragte Bystron. „Oder ist das nur eine Ausrede, um Auskunft zu verweigern?“ Die Bundesregierung ist dem Volk und den Bundestagsabgeordneten normalerweise zur Rechenschaft verpflichtet.